

Wirtschaftsminister Garrelt Duin

„Das Verhältnis von Politik und reformatorischem Denken“

**Empfang des Evangelischen Kirchenkreises Düsseldorf
zum Reformationstag**

31. Oktober 2014

Johanneskirche Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort

Begrüßung:

Henrike Tetz, Superintendentin

Als ich mir neulich erste Gedanken zu diesem Vortrag machte, schwappten Kindheitserinnerungen hoch aus dem Langzeitgedächtnis. Als Schüler wussten wir den Reformationstag sehr zu schätzen, weil er damals in Niedersachsen noch schulfrei war – aber verbunden mit einem Reformationsgottesdienst. Der Pastor sprach ein paar markige Worte, wir sangen „Ein feste Burg“ und der Tag war unser Freund.

Im Ernst: Mit dem Reformationstag sind wir, wir Protestanten in Deutschland – ganz allgemein – nicht gut umgegangen. Seit der Wiedervereinigung ist er lediglich noch in den ostdeutschen Bundesländern gesetzlicher Feiertag. In Baden-Württemberg ist schulfrei. In Niedersachsen müssen evangelische Schüler auf Antrag für die Dauer eines Gottesdienstes vom Unterricht freigestellt werden. Aber eigentlich dümpelt der Reformationstag so vor sich hin. Jedenfalls spielt er im Bewusstsein der Menschen kaum noch eine Rolle!

Umso mehr freue ich mich, dass Sie hier in Düsseldorf dem quasi protestantischen Geburtstag einen würdigen Rahmen geben.

Gedanken über „Das Verhältnis von Politik und reformatorischem Denken“ bewegen sich natürlich auf einem weiten Feld. Ich beackere deshalb, um mich nicht zu verlaufen, nur einen Teil davon und versuche deutlich zu machen, welche Zusammenhänge es zwischen reformatorischem Denken und wirtschaftspolitischem Handeln es gibt – auch, wie weit die Reformation meine eigene Politik berührt.

Mir liegt es fern, auch nur den Versuch zu wagen, hier darzulegen, wem die Reformation denn gehört. Sicher ist für mich jedoch, dass Reformation nicht

allein gleichzusetzen ist mit Luther, auch nicht mit der Gründung einer neuen Kirche, die sich dann ganz schnell in viele Kirchen spaltete. Reformation ist für mich eher eine suchende Bewegung nach Gott und der Welt.

Wenn ich mich hier als reformierter Christ bekenne, wird es Sie nicht groß wundern, dass Johannes Calvin in meinem Bewusstsein und meinem Handeln und folglich auch in meinem Vortrag eine tragende Rolle spielt.

Meine christliche Prägung habe ich übrigens im Elternhaus erhalten, wo Christsein vor allem durch die Tätigkeiten meines Vaters als Laie in verschiedenen Gremien der Reformierten Kirche mit Sitz in Leer ein Thema war. Außerdem gingen der örtliche Pastor und seine Familie bei uns zu Hause ein und aus. Diese Nähe hat schon früh immer wieder zur Beschäftigung mit Glaubensfragen geführt. Namen wie Calvin und Zwingli wie auch Luther sind mir von klein auf vertraut.

Als ich mich mehr und mehr mit politischen und später auch wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzte, kam natürlich besonders Calvin ins Spiel.

Aber nicht erst seit Calvin befasst sich die biblische Theologie mit wirtschaftlichen Fragen. Schon im Alten Testament ist ganz handfest die Rede von Schuldnern, Zins und Kredit und wie man damit im Sinne der betroffenen Menschen gerecht umgeht.

Bei Calvin spielt Wirtschaft vor allem deshalb eine große Rolle, weil zur Zeit der Reformation in Europa eine weitverbreitete Armut herrschte. Bettelei war an der Tagesordnung, die Kluft zwischen der relativ kleinen besitzenden Klasse und den Armen war riesig. Mit den klassischen guten Werken wie Almosen oder Eintritt ins Kloster ließ sich diese Kluft nicht schließen. Es ging

also für Kirche und Staat, damals eng verbunden, darum, soziale Probleme und Konflikte zu lösen – möglichst unterlegt mit einer theologisch fundierten christlichen Grundlage.

Vor Calvin hat sich auch Luther mit der sozialen Frage auseinandergesetzt. 1520 verlangt er das Ende der Bettelei in seiner bekannten Schrift mit dem etwas sperrigen Namen „An den christlichen Adel deutscher Nation. Von des christlichen Standes Besserung“. Mit der Folge, dass die Einnahmen der Bettelmönche nicht mehr wuchsen und die Städte mehr soziale Verantwortung übernahmen. Die Klöster zogen sich aus der Armenfürsorge zurück, diese wurde an die Rathäuser oder auch an die christlichen Gemeinden delegiert.

Luther geht jedoch nicht so weit, in der Leibeigenschaft der Feudalherrschaft einen Grund der Armut zu erkennen. Der Theologe Matthias Freudenberg, ein Experte über Karl Barth und über Calvin, schreibt dazu: „Auch wenn Luther die Überzeugung vertrat, dass Gott für ihn ein Gott der Armen und nicht der Reichen sei, schien er doch weniger an die materielle denn an die geistliche Armut aus der Bergpredigt zu denken. Ein eigenes, vom Evangelium profiliertes und den sozialen Umständen entsprechendes Instrumentarium in der Armenfrage hat Luther jedenfalls nicht geschaffen. Auf dem Weg zu einem geistlichen Diakonat in der Verantwortung der ganzen Gemeinde bedurfte es weiterer Impulse, um die Armut als Thema reformatorischer Ekklesiologie und Sozialethik zu entdecken.“ Soweit Freudenberg.

Hier kommen dann der Zürcher Reformator Zwingli, der in der Schweiz gegen Monopolwirtschaft, Währungspolitik, hohe Steuern und Bodenzins wettete, und einige Jahre später Calvin mit seiner Wirtschafts- und Sozialethik ins Spiel.

Calvins Ruf als Sozialethiker wird ja bis heute häufig in ein falsches Licht

gerückt. Der Soziologe Max Weber hat ihn in seinem berühmten Aufsatz „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ als Wegbereiter des entfesselten Kapitalismus gebrandmarkt. In den Augen seiner Kritiker hat Calvin der Marktwirtschaft eine religiöse Legitimität gegeben.

Und Stefan Zweig hat ihn in seinem Roman „Castellio gegen Calvin oder Ein Gewissen gegen die Gewalt“ gar mit Hitler auf eine Stufe gestellt. Beide – sowohl Weber als Zweig – sind wissenschaftlich längst widerlegt. Aber ihre Aussagen halten sich hartnäckig in vielen Köpfen und werden nach wie vor unkritisch verbreitet.

Aber nicht mehr von allen. So schrieb Jan Dirk Hebermann, der aus Genf über Welthandel, Globalisierung und Uno berichtet, neulich im Handelsblatt: „In der globalen Wirtschaftskrise, für linke Denker die langersehnte Götterdämmerung der freien Marktwirtschaft, gerät auch das Bild Calvins als religiöser Wegbereiter des Kapitalismus ins Wanken.“ Er beruft sich dabei auch auf Ulrich Körtner, Theologe an der Universität Wien, der sagt: „Die Behauptung, dass der Calvinismus der geistige Nährboden war, auf dem der moderne Kapitalismus entstehen und gedeihen konnte, ist eine Vergröberung der Thesen Webers.“

Vielmehr, so Hebermann, leuchten jetzt auch Calvins Aussagen zur sozialen Kohäsion und zum Bankenwesen auf, die auf eine kritische Distanz zum freien Spiel der Marktkräfte schließen lassen.

Anrede,

Ich halte viel von Freiheit und von Marktwirtschaft – aber ich rede von Marktwirtschaft nur verknüpft mit dem Adjektiv „sozial“. Diese Soziale Marktwirtschaft ist nicht perfekt, aber vermutlich die beste und

menschengerechteste Form des Wirtschaftens, auch im Calvin'schen Sinne, wie ich ausführen werde.

Trotzdem: Warum es Armut gibt, selbst heute in hochentwickelten und reichen sozialen Rechtsstaaten wie in Skandinavien, Deutschland oder anderen Staaten in Mitteleuropa, bleibt eine offene Frage, die auch Calvin – natürlich – nicht abschließend beantwortet. Immer brisant bleibt es gerade auch für christliche Gemeinden bis heute, dass und wie Arme und Reiche unter ihrem Dach leben - als Gemeinschaft, die Gott loben und ehren soll.

Dieser Widerspruch ist schwer lösbar, erscheint fast unauflösbar. Als praktische Folge daraus ergibt sich für mich, die Gegensätze zwischen Arm und Reich aufzudecken und dann zu mildern und zu verkleinern. Damit sind wir beim Thema einer gerechten Wirtschaftspolitik, die – nebenbei gesagt – eine gute, wenn nicht die beste Sozialpolitik ist.

Calvin rät ausdrücklich nicht zu einer revolutionären Befreiung aus der Armut, warnt sogar davor. Eine Revolution war damals angesichts der erbärmlichen Verhältnisse, verursacht auch durch die vielen Flüchtlinge in Genf, sicherlich einige Gedanken wert, wohl auch eine Verlockung, zumindest eine Versuchung. Viel später und nicht aus christlichem Antrieb haben es dann Lenin & Co. mit einer Revolution versucht, machttechnisch höchst erfolgreich, intellektuell unterfüttert von Marx und Engels. Aber die Revolution fraß bald nicht nur ihre Kinder, sondern gut 70 Jahre später sich selbst.

Anrede,

Calvin war klug. Er nutzte das Geld und den Zins für gute soziale und wirtschaftliche Zwecke. Professor Ulrich Staedtke, reformierter Theologe an der Uni Erlangen, geht sogar so weit zu sagen: „Calvin hat in seiner

Hinwendung zum Sozialen einen neuen Menschen geprägt, der sich nicht zuletzt auch dadurch ausgezeichnet hat, dass es ihn in seinem Wirkungsbereich als erstem gelang, den Hunger und das Massenelend zu bannen.“

Calvin wusste, wie man mit dem Zins verantwortlich wirtschaftlich handeln konnte und musste. Er begrenzte den Zinssatz übrigens auf fünf Prozent. Das Zinsverbot jedoch schob er beiseite – ein sehr moderner und guter wirtschaftspolitischer Schachzug. Er erkannte, dass Almosen und die Erlaubnis zur Bettelei an der prekären Lage der Armen nichts änderten. Die Armen waren von den Brosamen abhängig, welche die Reichen fallen ließen. Das ist mit unserem modernen und dem Calvin'schen Verständnis von der Würde des Menschen nicht in Einklang zu bringen.

Die Aufhebung des Zinsverbots machte Calvin den Weg frei, mit staatlichen Krediten Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose und Bedürftige zu finanzieren. Diese Menschen arbeiteten in der Genfer Textilherstellung und – veredelung und später in der Uhrenindustrie. Die materielle Grundlage für diesen sozialen Handel und Wandel war eine anständige Geldwirtschaft.

Irgendwie kommt mir das alles sehr bekannt vor. Ohne Calvin zu nahe treten zu wollen: Er wäre heute für einen gesetzlichen Mindestlohn, er würde auch das Prinzip „Fordern und fördern“ der viel geschmähten Agenda 2010 unterschreiben. Ein Ministeramt für Arbeit und Soziales wäre ihm auf den Leib geschnitten. Ich nähme ihn auch als Staatssekretär.

Vermutlich wäre Calvin ein rigoroser Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft – nicht einer Freien Marktwirtschaft. Wirtschaft braucht Leitplanken, gelegentlich muss die Politik sie auch an die Kandare nehmen. Wie schwer das ist, sehen

wir an der mühsamen Bewältigung der Finanzkrise, die ja im Wesentlichen auf Zügellosigkeit und Gier handelnder Personen zurückzuführen ist. Sie ist eine Folge fehlgeleiteter individueller Freiheit, ausgeführt von Menschen, die Freiheit mit Gewerbefreiheit gleichsetzen und so einschränken.

Freie Marktwirtschaft verführt viele Menschen zum Missbrauch der Freiheit. Sie fressen wie Heuschrecken alles kahl. Gierig nach Geld, angestachelt durch falsche Anreize wie Boni und obszöne Gehälter in zigfacher Millionenhöhe. Falsche Boni besudeln nicht nur normale Geschäfte, sondern führen selbst zu Auswüchsen in der Medizin, wenn Chefärzte nach der Zahl der Operationen bezahlt werden.

Marktwirtschaft ohne das Adjektiv „sozial“ ist für mich nicht vorstellbar. Die Soziale Marktwirtschaft ist auf klare moralische Vorstellungen angewiesen. Eigentlich reicht schon

das achte Gebot. Daraus kann man alles ableiten. Wobei eines klar ist: Das achte und alle anderen Gebote sind keine Fesseln. Sie verlangen die Freiheit, aber eine Freiheit in Verantwortung.

Calvin hat damals gesagt: „Wir sollen von unserer Freiheit Gebrauch machen, wo sie zur Auferbauung (Anmerk.: heißt so) des Nächsten dient; wenn es aber dem Nächsten nicht dient, sollen wir auf sie verzichten.“

Wer sich nur um den materiellen Gewinn kümmert, ist in den Augen der Bibel ein Narr. Das Problem dabei ist nur, dass es ohne Gewinn, ohne Zins, ohne Mehrwert nicht geht – aber eben in Maßen. Der Königsweg zum guten Nutzen führt zwischen Leitplanken hindurch.

Mein reformierter Katechismus übrigens, der Heidelberger, regelt auch den Umgang mit dem Eigentum. Eigentum ist für den Katechismus kein Diebstahl, wie es uns Karl Marx weismachen wollte. Aber Eigentum ist nicht gleichzusetzen mit reinem Eigennutz. Unser Grundgesetz hat diesen Gedanken im Prinzip übernommen: Eigentum verpflichtet – gegenüber dem Gemeinwohl.

Wir kennen alle das Schimpfwort des „Umverteilungsstaats“. Wer es ausspricht, will von seiner Fülle an Besitz nichts abgeben. Er verstößt damit praktisch gegen die Verfassung. Geiz und Gier, dieses üble Geschwisterpaar, das auch sprachlich dieselbe Wurzel hat, gewinnen häufig die Überhand. Eher geht tatsächlich ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass viele Reiche entsprechend ihrem Besitz etwas abgeben, also Steuern zahlen wollen.

Der Feind der Umverteilung verstößt auch gegen das achte Gebot, in dem Gott klar gebietet, dass er das Wohl des Menschen fördern soll – „und an ihm (dem Menschen) so handeln, wie ich möchte, dass man an mir handelt“. Damit sind wir tatsächlich beim Kategorischen Imperativ von Kant gelandet, der mit etwas anderen Worten das Gleiche sagt.

Menschen brauchen im christlichen Sinne eine „himmlische Ausrichtung“ für ihr Leben und für ihr wirtschaftliches Handeln. Dann lässt sich auch der nicht zu leugnende Widerspruch zwischen Katechismus und Kapitalismus ein Stück auflösen.

Calvin kümmert sich konkret um die miesen Arbeitsverhältnisse, setzt sich ein für die armen Menschen, denen kein Lohn für ihre Arbeit bezahlt wird und – ich zitiere noch einmal Matthias Freudenberg – „begründet theologisch das Recht

auf gerechte Entlohnung, da Gott die Rücksicht auf die Not jedes Einzelnen geboten habe. Die Goldene Regel aufgreifend heißt es, dass sich der Reiche in den Armen hineinversetzen und sein Verhältnis zum Armen in Billigkeit ordnen soll.“

Calvin argumentiert, dass Gott die Sache der Armen zu seiner Sache macht. Deshalb, so die Folgerung daraus, würde der Reiche gegen Gott selbst rebellieren, wenn er das Recht des Armen missachte.

Calvin sagt auch, dass aller Reichtum von Gott kommt und deshalb zum Nutzen des anderen einzusetzen ist. Das sehe heute immer noch als eindeutigen politischen Auftrag.

Calvin skizziert außerdem ein weites Ziel, eher eine Vision oder gar Utopie, weil er als Praktiker weiß, dass der Gegensatz zwischen Arm und Reich wohl nie vollkommen aufgehoben sein wird. Ihm schwebt eine Gemeinschaft von Armen und Reichen in der Gemeinde Christi als *Communio Sanctorum* vor - die nicht verwirklicht ist und als Ideal anzustreben ist.

Das erinnert mich an Ernst Bloch und seinen Begriff von Heimat. Bei einem der drei Schwerpunkte meiner Wirtschaftspolitik geht es übrigens wörtlich um Heimat. Wir nennen diesen Schwerpunkt „NRW – Heimat der Familienbetriebe“. Das hat nichts mit Heimattümelei oder einer Romantisierung zu tun. Vielmehr ist Heimat das Ziel.

Bloch schreibt dazu so treffend in seinem „Prinzip Hoffnung“: „ ... Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er

sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat." Ist das nicht eine schöne, auch tröstende, aber auch fordernde Utopie?

Zurück zu Calvin. Wenn ich das hier kurz einschieben darf: Calvins Wirtschafts- und Sozialethik hatte seinerzeit auch direkte Auswirkungen auf meine ostfriesische Heimat. Der von ihm inspirierte Superintendent in Emden, der Pole Johannes a Lasco, nach dem heute die große Bibliothek zur Erforschung des reformierten Protestantismus in Emden benannt ist, verließ die Stadt 1549 in Richtung London, weil er in Emden keine geordnete Armenfürsorge durchsetzen konnte.

In London fand sein Konzept Anklang, trotzdem kehrte a Lasco zurück und richtete eine „Diakonie der Fremdlingen-Armen“ gemäß dem Londoner Vorbild ein. Einrichtungen für Sieche, Waisen und durchreisende Arme kamen hinzu. In der Emdener Kirchenordnung von 1571 heißt es außerdem, dass sich die Gemeinden nicht leichtherzig von den armen Flüchtlingen entlasten sollen, indem sie diese in andere Gemeinden wegloben.

Auch Calvin hat sich mit der Flüchtlingsfrage auseinandersetzt – war er doch selbst einer fast sein ganzes Leben lang.

Nichts Neues unter der Sonne also, kann ich dazu nur sagen, wenn ich mir heute die Welt ansehe.

Calvins Achtsamkeit für menschliches Wirtschaften strahlt bis heute aus. Nicht nur auf den Reformierten Weltbund. Der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz haben sich vor Jahren in diesem Zusammenhang für eine „vorrangige Option für die Armen“ gemeinsam ausgesprochen.

Anrede,

Calvin und der Heidelberger Katechismus geben Handlungsanleitung für den Alltag – für das ganze Leben – praktische, aber gleichzeitig philosophisch anmutende Anleitungen.

Aber was bedeutet dies für einen Politiker, obendrein noch für einen Wirtschaftsminister, der ja in gewisser Weise in Verbindung gebracht wird mit dem für viele bösen K-Wort namens Kapitalismus?

Kann ein Wirtschaftsminister, kann ein Unternehmer, überhaupt ein guter Christ sein? Oder ist es eher umgekehrt der Fall: Nur ein Christ, meinetwegen auch ein Humanist, kann ein ordentlicher Wirtschaftsminister oder Unternehmer sein – wobei ich beide Berufe zwar in einem Atemzug nenne, aber nicht in einen Topf werfe?

Der EKD-Ratsvorsitzende Schneider, ein Unierte, aber reformiert getauft, hat vor einiger Zeit vor Unternehmern gesagt: „Evangelium und wirtschaftliches Denken – das kommt nicht leicht zusammen“. Das gilt für beide Seiten. Aber woran liegt das? Ist Wirtschaft ein schmutziges Geschäft?

Tatsache ist: Handwerker, Manager, unternehmerisch arbeitende Menschen, reagieren mehr als gereizt, wenn die Kirche ihnen gelegentlich ins Gewissen reden will – und auf der anderen Seite tun sich Theologen schwer damit, wirtschaftliches Handeln und christliche Ethik auf einen Nenner zu bringen.

Als ich der SPD vor Jahrzehnten beitrug, war ich mir als junger Kerl dessen – ich gebe es zu – nicht bewusst. Aber ich bin, wie zu Anfang gesagt, mit der Lehre Calvins aufgewachsen, ohne dass sie bei uns zu Hause im Munde geführt wurde. Deshalb war mein politischer Weg nur folgerichtig.

Kirchen sollen nicht selbst Politik machen – aber sie sollen Politik möglich machen. Sie müssen klar machen, was verantwortungsvolles Handeln ist.

„Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus.“ Dieser Satz aus Jesaja 58 steht indirekt in jedem Parteiprogramm. Aber werden wir Politiker dieser Verantwortung für das Schicksal anderer Menschen gerecht? Wiegt diese Bürde auf unseren Schultern zu schwer?

Wir erwirtschaften einen Wohlstand wie nie zuvor, aber er ist ungleich verteilt. Nötig ist Wirtschaften mit Weitblick und von Dauer, um das Modewort „nachhaltig“ zu vermeiden - statt kurzfristigem Profit.

„Kurzfristiger Profit“ ist vom Übel, nicht nur unter sozialem Blickwinkel, auch unter ökonomischem. Das Wort kurzfristig können wir streichen – aber nicht den Profit – was auch Calvin wohlweislich nicht wollte. Mein Heidelberger Katechismus verbietet ihn übrigens, wie wir aus Frage 110 wissen.

Das ist etwas merkwürdig und braucht deshalb eine Erklärung: „Wucher“ ist seinerzeit im 16. Jahrhundert, als der Heidelberger Katechismus geschrieben wurde, der Ausdruck für „Zins“. Die Kirche im Mittelalter lehnte den „Wucher“ ab. Damit war kein Wucherzins nach heutigem Verständnis gemeint, sondern es ging um den Zins überhaupt. Dazu muss man wissen, dass es damals kaum Geldwirtschaft, sondern vorwiegend Naturalhandel gab. Für gepachtetes Land allerdings wurde schon damals ein Zins, eine Pacht, gezahlt - aber ein Zins für Geld in der Truhe, für totes Kapital, war verpönt.

Vor allem Katholiken und Lutheraner kämpften lange gegen den Zins. Die Reformierten hatten weniger Probleme damit – was ebenfalls geschichtlich zu erklären ist. Die Geldwirtschaft entwickelte sich im späten Mittelalter zuerst in Italien. Konto, Saldo oder Bilanz stammen aus dem Italienischen. Der

Fernhandel auf Geldbasis arbeitete sich langsam höher in den Norden über Süd-Frankreich, die Schweiz und Süddeutschland, wo die Reformierten lebten. Sie lernten demnach die Geldwirtschaft als erste kennen. und zu ihnen gehörte in Genf der kluge Johannes Calvin.

Anrede,

was nie geschehen darf: dass Christen sich vornehm oder angewidert zurückziehen, sich einem Pilatus-Syndrom hingeben und ihre Hände in Unschuld waschen. Sie dürfen den anderen die Wirtschaft nicht überlassen. Sie müssen Verantwortung in Wirtschaft und Politik tragen. Sie müssen Gier, Ausbeutung und soziale Spaltungen offen tadeln, dies beim Namen nennen, auch oder weil sie es direkt nicht ändern können.

Ich persönlich setze immer noch Hoffnung in den Menschen. Hoffnung, dass er auch Irrwege erkennt und sie verlässt. Ein gutes Beispiel ist die Energiewende. Nach meiner Meinung ist der Mensch mit der Atomkraft einen Schritt zu weit gegangen. Er kann sie nicht bändigen, er setzt die Welt großen Risiken aus.

Deshalb ist es ein kleines Wunder, dass vor 14 Jahren die damalige Bundesregierung gemeinsam mit der Energiewirtschaft beschlossen hat, aus der Atomkraft auszusteigen. Zwischenzeitlich stieg eine andere Bundesregierung zwar wieder aus dem Ausstieg aus, aber nach der Katastrophe von Fukushima schlug sie wieder den Pfad der Vernunft und der Tugend ein. Ich finde, die Energiewende ist ein gutes Beispiel, dass man nie die Hoffnung aufgeben sollte und Politik und auch Wirtschaft in der Lage sind, Irrwege zu verlassen.

Diese Hoffnung setze ich auch darin, dass die Finanzwirtschaft so an die Kandare gelegt wird, dass sie nicht mehr in der Lage ist, die ganze Welt ins

Unglück zu stürzen.

Ich zitiere deshalb noch einmal den EKD-Ratsvorsitzenden Schneider: „Das Evangelium rät uns gerade auch inmitten aller Krisen: Bleibt nüchtern und realistisch. Seid mit dem Maß dessen zufrieden, was ihr schon jetzt auf dieser Welt leben und erreichen könnt. Darum aber bemüht euch mit aller Kraft und gebt nicht auf bei Widerständen und Niederlagen.“

Anrede,

abschließend möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, was mich persönlich antreibt, wie ich das Verhältnis Christ und Politik sehe. Dass Calvin darin eine nicht kleine Rolle einnimmt, habe ich deutlich gemacht.

Aber würde ich mich selbst als christlichen Politiker bezeichnen?

Eher nicht. Christsein beschreibt mich als Menschen, unabhängig vom jeweiligen Beruf oder Amt - es beschreibt mich nicht in meiner Arbeit als Politiker. Ich bin sozialdemokratischer Politiker und Christ.

Ich hoffe, dass dies in meinem politischen Handeln nicht untergeht. Denn Fragen der Gerechtigkeit spielen in Politik und Kirche eine große Rolle. Dadurch gibt es immer wieder Berührungspunkte. Ein Beispiel: Wir haben in NRW ein Tariftreuegesetz. Es sorgt dafür, dass wir als Staat nichts kaufen, was mit Kinderarbeit produziert wurde. Die Diskussionen waren intensiv, die Evangelische Kirche im Rheinland orientiert sich an unserem Vorbild. Impulse werden also gegenseitig gesetzt.

Es gibt auch politische Entscheidungen oder Gesetzgebungsverfahren, bei denen mein christlicher Hintergrund ausdrücklich eine gewichtige Rolle gespielt hat. Ich habe sogar schon Rat bei Theologen eingeholt. Es ging um die Stammzellenforschung, ich war Mitglied im Europaparlament.

Die Frage, ob und wann ein Eingriff in das Erbgut erlaubt sein soll, um Forschung im Kampf gegen viele Krankheiten zu ermöglichen, reicht sehr weit. Dazu muss man das eigene Gewissen schon sehr genau befragen - und das fällt leichter, wenn man ein Bild vom Menschen hat, das auf einem festen Glauben fußt. Ich bin dadurch in diesen Fragen sehr viel konservativer als viele meiner Parteiliebe.

Gelegentlich werde ich gefragt, was in meinen Augen in der Prägung eines Menschen den Vorrang hat: das Politische oder das Religiöse. Meine Antwort: Ich ziehe diese scharfe Grenze nicht.

Die ganze Friedensbewegung hätte nicht den Erfolg gehabt, wenn sie sich nicht auch auf die Bergpredigt hätte beziehen können. In der Umweltpolitik, also der Wahrung der Schöpfung, ist es ähnlich. Wo beginnt da das Politische, wo endet das Religiöse? Entscheidend ist, ob jemand mit einem Gerüst an Werten in die Politik geht. Wenn es daran fehlt, wird es gefährlich, weil beliebig.

Auch bei der Frage, ob es ein biblisches Wort oder eine theologische Formel gibt, die mich geprägt hat, fließen die Grenzen. Kernüberzeugung meiner Partei ist die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs durch eigene Leistung. Diese Chance hat der Staat zu garantieren. Mein Glaube, meine reformierte Prägung, sagt mir, dass ich durch Arbeit meiner Aufgabe als Christ nachkomme. Also der eigene Werdegang, die eigene Leistung, das eigene Tun werden nicht durch Glaube, Vorsehung oder ähnliches ersetzt. Aber unterm Strich gilt: Gott kennt die, die auf ihn trauen.

Glaubensüberzeugungen spielen in der politischen Debatte eher eine kleine Rolle. Abgesehen natürlich bei den wirklichen Gewissensfragen, wenn es also um Leben und oder Tod geht.

Es könnte sich in der Zukunft verstärken. Der Grund: Jahrzehntlang gab es in der Politik nur Christen oder Atheisten. Der Konflikt zwischen Katholiken und Evangelen spielte kaum eine Geige. Künftig werden immer häufiger Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften im Bundestag und an anderer Stelle dabei sein, weil sich unser Land verändert. Das verändert auch die Debatte zwischen den Religionen. Ich hoffe aber, dass es kein Ersatz für die Politik wird.

Anrede,

ich hoffe, dass meine Ausführungen Ihnen einen kleinen Einblick in die Gedankenwelt und Handlungsmaximen eines Politikers vermitteln konnten, der in der Landesregierung für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk verantwortlich ist. Ich vermute, dass Sie Ansätze reformatorischen Denkens erkannt haben. Es mag ein großes Wort sein, aber ich fühle mich dem reformatorischen Erbe verpflichtet, im Großen und Ganzen verkörpert durch Johannes Calvins Sozial- und Wirtschaftsethik. Ihr im harten Alltagsgeschäft gerecht zu werden, sehe ich als meine bleibende Aufgabe an.